Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Kriegs oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 242 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 14. Oktober 1932

Herriot greift an.

Herriot hat es doch wieder einmal erreicht, was er wollte! Er kennt ja den englischen Ministerpräsidenten Macdonald schon aus dem Jahre 1924 und weiß, daß diesem gegenüber mit einiger Hartnäckigkeit doch schließlich jede französische Forderung durchzusetzen ist. Damals, auf der Londoner Konferenz, die den Dawes-Plan zu regeln hatte, hat Herriot den englischen Premierminister Macdonald mit Erfolg zu der Einwilligung genötigt, daß die französischen Truppen noch ein Jahr im besetzten Ruhrgebiet bleiben sollten. Nicht einmal, wie im Winter d. J. Tardieu wegen seiner Sanierungspläne für die Donaustaaten, hat sich Herriot nach London sozusagen selbst einladen müssen, um seine Separatverhandlungen mit Macdonald herbeizuführen, sondern der englische Ministerpräsident, dessen Kabinett inzwischen ein noch viel konservativeres Aussehen als bisher erhalten hat, sah in der Einladung an Herriot den einzigen Ausweg dafür, seine französisch-englisch-italienisch-amerikanisch-deutsche „Annäherungskonferenz" in der Gleichberechtigungsfrage noch zu retten. Wobei eingeschaltet werden mag, daß nach jenem Besuch Tardieus in London die Donaukonferenz — nicht zustande kam! Jetzt hat Macdonald seine Konferenz, aber sie ist eine rein englisch-französisch-amerikanische, also eine solche der drei Großmächte, die die Welt regieren.

Und wenn man sich das Trifolium in London ansieht, dann muß man leider sagen, daß von diesen drei Staatsmännern Herriot, Macdonald und Norman Davis — er ist der amerikanische Vertreter auf der Abrüstungskonferenz — der in der Aufzählung als erster genannte französische Ministerpräsident eigentlich allein das Gesetz des Handelns diktiert. Er fordert und verlangt, er lehnt ab und verweigert, er kommt mit schon unzweideutig klaren politischen Zielen und Richtlinien, — und ihm gegenüber steht der Amerikaner, der heute noch nicht weiß, ob nicht am 8. November sein Staatspräsident und politischer Auftraggeber bei den Wahlen ein politisch toter Mann werden wird. Er hat den Hooverschen Abrüstungsplan und hierfür nicht einmal die unbedingte Zustimmung der Engländer, die schon einen Gegenplan aufgestellt haben. Daß Macdonalds Position aus innenpolitischen Gründen nicht mehr ganz sicher ist, wurde oben schon angedeutet: der Gegenplan ist konservatives Werk und Herrn Macdonald sozusagen aufoktroyiert, der mit seinem Außenminister auch kaum noch „auf du und du steht". Macdonald hat es nicht erreichen können, daß sein Kabinett den Hoover-Plan akzeptierte.

Und nun demgegenüber Herriot mit der unbedingten Zustimmung der gesamten französischen Volksvertretung von rechts bis links im Rücken; dahinter noch die größte und stärkste Militärmacht der Welt! Der Völkerbund und die Abrüstungskonferenz praktisch abhängig vom französischen Wohl- oder Übelwollen! Zur Rechten und zur Linken jene europäischen Staaten, die ihre Existenz dem Versailler Vertrag verdanken! Einen Goldschatz von dreizehn Milliarden Mark daheim in den Panzergewölben der Bank von Frankreich! Herr Benesch, der tschechoslowakische Außenminister, hat den Franzosen dabei geholfen, ihren neuen „Abrüstungs- und Sicherungs"-Plan auszuarbeiten, dessen Grundzüge Herriot mit nach London nahm. In dessen Mittelpunkt steht die praktische Verwirklichung des Genfer Septemberprotokolls von 1924, das derselbe Herriot demselben Macdonald abgeluchst hat. Der Vertrag von Locarno mit der englischen Sicherheitsgarantie war die Frucht dieses französischen Erfolges.

Jetzt will Herriot das erweitern zu einem „politischen Moratorium" Deutschlands von langer Dauer, wonach wir uns verpflichten sollen, keine Änderungen der im Versailler Vertrag festgelegten Grenzziehungen zu fordern. Vor allen Dingen also heißt's für Deutschland: Ruhe im Osten! Heißt's: Ein Ost-Locarno! Als Gegengabe verheißt man uns eine „qualitative" militärische Gleichberechtigung, aber vor allem sollen England und Amerika diese ganze Geschichte auch noch „garantieren". Das ist das von Frankreich seit 1919 vergeblich angestrebte Sicherungsbündnis mit Amerika und England für Versailles. Und an dem Tage, als Herriot in London eintraf, ließ er durch seinen Gesandten in Washington dem Präsidenten Hoover mitteilen, daß Frankreich, bevor es irgendwie einer Abrüstung zustimme, ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten verlange, in dem diese die Bürgschaft für die französische Sicherheit übernehmen.

Damit ist der Abrüstungsgedanke totgeschlagen. Denn diese Zusage gibt keine amerikanische Regierung. Und eine englische wohl auch nicht.

Polizeiliche Suche nach illegalen Schriften.

Im ganzen Reich.

Auf Veranlassung des Oberreichsanwalts in Leipzig hat die Polizei in Berlin wie in allen größeren Städten des Reichs mit einer umfangreichen Suchaktion nach illegalen Schriften hochverräterischen Inhalts begonnen. In Berlin wurden hauptsächlich kommunistische Druckschriften gesucht.

Vorkonferenz in London.

Das Londoner Gespräch.

Gleichzeitig französischer Vorstoß gegen Deutschland.

Der französische Ministerpräsident Herriot ist in London zu seinem Besuch Macdonalds eingetroffen, bei dem die Abrüstungsfrage, Deutschlands Forderung nach Gleichberechtigung und der sogenannte französische Sicherheitsplan besprochen werden sollen. Gleich nach seiner Ankunft begab sich Herriot in die Amtswohnung Macdonalds. An der Eingangstür wurde er von dem englischen Außenminister Simon begrüßt, der vorher eine Viertelstunde bei Macdonald geweilt hatte und dann fortging.

Die Unterredung Macdonald—Herriot begann zunächst mit einer rein persönlichen vorläufigen Aussprache zwischen den beiden Ministerpräsidenten. Diese dauerte etwa eine Stunde. Darauf erschienen der englische Außenminister Simon, der Unterstaatssekretär Vansittart, einige Beamte und der französische Botschafter in der Amtswohnung Macdonalds und nahmen nunmehr an der Unterredung teil, die dadurch einen amtlichen Charakter bekam.

Bei der Unterredung soll es sich bekanntlich auch entscheiden, ob es Deutschland möglich sein wird, zunächst einmal an der geplanten Londoner Konferenz und weiterhin an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen. Eigenartig muß es in dieser Beziehung anmuten, daß im gleichen Augenblick, wo die ausschlaggebenden Besprechungen einsetzen, Frankreich wieder einen Vorstoß gegen die deutschen Forderungen unternimmt.

Denn als nichts anderes kann die Tatsache gewertet werden, daß der französische Botschafter in Washington, Claudel, den Präsidenten Hoover davon unterrichtet hat, daß Frankreich, bevor es irgendeiner Abrüstung zustimmen kann, ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten verlange, in dem Amerika die Bürgschaft für die französische Sicherheit übernimmt.

Hohe Beamte des Staatsdepartements erblicken in der französischen Forderung, falls diese das letzte Wort Frankreichs sein sollte, ein unüberwindbares Hindernis für die Beschränkung der Rüstungen. Dieser Eindruck wird bestärkt durch die vertraulichen Berichte der gegenwärtig in Washington weilenden amerikanischen Botschafter in Europa. Die Botschafter wiesen darauf hin, daß das Mißtrauen und der Argwohn zwischen den europäischen Nationen ständig zunehme, und daß die Militärsachverständigen in Genf mehr als je jeder Schwächung der Verteidigungskraft ihrer Länder abgeneigt sind.

Unter diesem Zeichen also finden die jetzigen englisch-französischen Besprechungen statt. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß sie so verlaufen werden, daß die Londoner Konferenz überhaupt stattfinden kann, oder daß es für Deutschland noch einen Zweck haben wird, sich an ihr zu beteiligen. Die von Frankreich für seine Abrüstung gestellte Bedingung eines Sicherheitspaktes mit Amerika bedeutet eine Unmöglichkeit, denn Amerika hat wiederholt sehr energisch erklärt, daß es sich nicht in die europäische Politik einmischt.

*

Optimismus in London.

Die Besprechungen Herriot—MacDonald.

Die Aussprache Herriot—MacDonald trug, wie von englischer Seite betont wird, nicht den Charakter von Verhandlungen, bei denen von einer Seite ein fester Vorschlag zur Erörterung gestellt worden sei. Man habe sich bemüht, Mittel und Wege zu finden, wie man

die ins Stocken geratenen Abrüstungsverhandlungen wieder in Gang bringen

könne. Auf englischer Seite ist man der Ansicht, daß die Schwierigkeiten nicht eher beseitigt werden könnten, als bis ein offener Meinungsaustausch der wichtigsten Regierungen stattgefunden habe. Die englische Politik lege größten Wert darauf, daß der gute Wille und das Vertrauen wieder erweckt würde und hoffe, daß nicht nur die großen Mächte (England, Deutschland, Frankreich und Italien),

sondern auch die kleineren Länder (!)

zum Zeichen ihres guten Willens und ihres Vertrauens zu Verhandlungen bereit seien. Nach Lage der Dinge bestehe für die englische Regierung kein Grund, ihre Einladung zu einem Meinungsaustausch zurückzuziehen oder abzuändern.

*

Was haben MacDonald und Herriot verhandelt?

London, 13. Oktober. Von unterrichteter nichtamtlicher französischer Seite wurde am Donnerstag abend erklärt, daß Herriot dem englischen Ministerpräsidenten bereits die großen Linien des französischen Abrüstungsplanes mitgeteilt habe. Es dürfte jedoch nicht richtig sein, von einem fix und fertig ausgearbeiteten Plan zu sprechen, dessen Punkte bereits unabänderlich feststünden. Herriot scheine versuchen zu wollen, Gegenvorschläge Macdonalds irgendwie in die französischen Vorschläge hineinzuverarbeiten. Herriot habe tatsächlich ein allgemeines Abrüstungsabkommen, einen Konsultativpakt und regionale Sicherheitsabkommen sowie die Bildung einer internationalen Streitmacht im Sinne. Auch die Mutmaßungen über einen Vorschlag ein internationales Waffen- und Munitionslager anzulegen, seien insofern nicht unrichtig, als Herriot eine Reihe technischer Anregungen mitbringe, die aber noch keineswegs fest in den französischen Plan verarbeitet worden seien. Die Besprechungen mit Macdonald sollten eben in dieser Richtung weitgehend zu einer Klärung beitragen.

Aus den bisherigen englischen Meinungsäußerungen gewinnt man den Eindruck, daß Macdonald anscheinend mit Erfolg versucht hat, die Erörterung von Plänen in den Hintergrund zu schieben, die nicht unmittelbar mit der Aufgabe zusammenhängen, die Genfer Abrüstungsverhandlungen wieder in Gang zu bringen. Macdonald habe seinen ursprünglichen Gedanken eines Meinungsaustausches zwischen den Mächten weiter verfolgt und habe sich im Verlauf der Verhandlung bereit erklärt, auch die kleineren Mächte hinzuzuziehen. Ueber den Ort der Zusammenkunft sei man sich offensichtlich noch nicht einig geworden. Es sei jedoch möglich, daß Macdonald nicht mehr unbedingt auf London bestehe, womit noch nicht gesagt sei, daß er sich dem französischen Wunsch gefügt habe, Genf zum Zusammenkunftsort zu machen.

*

Verbindung MacDonalds mit Berlin? Gerüchte in London.

London, 13. Oktober. In London liefen am Donnerstag Gerüchte um, daß Macdonald die Verbindung mit Berlin habe aufnehmen lassen, um sich über die Stellungnahme der Reichsregierung zu einer Reihe von noch zur Erörterung stehenden Fragen, dem Platz der Konferenz usw., zu unterrichten. Eine Bestätigung oder ein Dementi dieser Gerüchte war nicht erhältlich. Es wird energisch bestritten, daß Macdonald einen fix und fertigen Plan habe.

Mächteeinigung gegen Deutschland!

Deutschlands Einfluß in Genf soll noch vermindert werden.

In den streng geheim geführten Verhandlungen des 14gliedrigen Ausschusses für die Neubildung der politischen Leitung des Völkerbundssekretariats ist eine endgültige Regelung gefunden worden, die in keiner Richtung den deutschen Interessen entspricht. Die Vereinbarung geht grundsätzlich dahin, daß in Zukunft neben dem Generalsekretär zwei stellvertretende Generalsekretäre und drei Untergeneralsekretäre aufgestellt werden sollen. Von diesen sechs Posten werden fünf den Vertretern der Großmächte und einer von den Vertretern einer kleineren Macht besetzt. In internationalen Kreisen wird jetzt mit der

Ernennung des Franzosen Avenol zum Generalsekretär

bereits als Tatsache gerechnet. Der letzte Versuch von deutscher Seite, eine Einschaltung des deutschen Untergeneralsekretärs in die politische Leitung durch Schaffung eines Turnus herbeizuführen, in dem die drei Untergeneralsekretäre abwechselnd den Posten des stellvertretenden Generalsekretärs besetzen sollen, ist im Ausschuß von einer großen Mehrheit abgelehnt worden.

Der deutsche Einfluß würde sich im Völkerbundssekretariat nach dieser Regelung wesentlich verschlechtern.

Das minderheitenfeindliche Genf.

Deutsche Agrarbeschwerde wieder vertagt. — Anrufung des Haager Gerichtshofes?

Auf der Sitzung des Völkerbundrates in Genf teilte der Berichterstatter für die Minderheitenfragen mit, daß der vom Rat eingesetzte Dreierausschuß nicht in der Lage gewesen wäre, die Arbeit über die Agrarbeschwerden des Deutschtums in Polen abzuschließen. Er beantragte, diese Frage auf die Ratstagung vom 14. November zu „verschieben". Dieser Vorschlag wurde angenommen.

Da die Arbeiten des Dreierausschusses infolge des umfangreichen Materials bisher nicht abgeschlossen werden konnten, ist von deutscher Seite dem Vertagungsvorschlag zugestimmt worden. Die deutsche Abordnung wird

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF